

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/221

Bonn, den 18. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Vernachlässigung der deutschen Kulturarbeit im Ausland</u>	86
	Alarmierende Feststellungen Von Georg Kahn-Ackermann, KdJ	
3	<u>Zielscheibe Bundesrepublik</u>	24
	Eisiger Wind aus Moskau	
3	<u>Türken und Arbeiterwohlfahrt</u>	27
	Gedanken zur Betreuung von Gastarbeitern	
4	<u>Die alte und die neue Parole</u>	31
	Gestern: 35-Stunden-Woche in Sicht - heute: Eine Wochenstunde Mehrarbeit	

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Diplomatische Beziehungen anstreben

Worauf wir nicht verzichten können

JAKSCH vor der Seliger-Gemeinde

Krach in der CDU

25 Jahre unter Fremdherrschaft

Vier Sozialdemokraten für den Sudetendeutschen Rat

Noch kein Staatssekretär in Hannover

Ehrung für Max TAU

+ + +

Vernachlässigung der deutschen Kulturarbeit im Ausland

Alarmierende Feststellungen

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Zu den ersten Sparmassnahmen der Bundesregierung gehören Kürzungen auf dem Gebiet der kulturellen Auslandsarbeit, obgleich Bundeskanzler Erhard in seiner Regierungserklärung gesagt hat, seine Regierung werde für den Ausbau von deutschen Schulen und Instituten im Ausland mehr Mittel zur Verfügung stellen.

Deutsche Kulturinstitute im Ausland existenzbedroht

Was von solchen Ankündigungen Wirklichkeit wird, muss man abwarten. Vorläufig sieht sich die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes gezwungen, zu Beginn des kommenden Jahres die Schliessung von 29 deutschen Kulturinstituten ins Auge zu fassen, weil 7 Millionen DM in ihrem Haushalt fehlen. Nicht weniger beunruhigend ist indessen, dass in den wenigen Sätzen Professor Erhards über die Bedeutung der auswärtigen Kulturbeziehungen in der deutschen Aussenpolitik nichts von jenem Konzept für die Pflege der auswärtigen Kulturbeziehungen zu spüren war, das in langen und ausführlichen Beratungen erarbeitet und vom Auswärtigen Ausschuss wie vom 4. Deutschen Bundestag einstimmig gebilligt worden ist und mit dessen Hilfe sachkundige Abgeordnete veraltete Vorstellungen ebenso wie unzulängliche personelle und organisatorische Voraussetzungen zu korrigieren getrachtet hatten.

Altmodische Anschauungen und Methoden

Der Bundeskanzler konfrontierte das Parlament mit einer Auffassung von den Aufgaben zwischenstaatlicher Kulturbeziehungen, die mehr oder minder in der wilhelminischen Epoche gegolten haben können. Zwar hat er selbst oftmals schon die Vertiefung der europäischen Kulturbeziehungen beschworen. Nun aber schien er wieder völlig vergessen zu haben, dass sich die Kulturdiplomatie eines modernen Industriestaates wie der Bundesrepublik in Zielen, Konzeption und Methode beträchtlich geändert und erweitert hat. Altmodische Anschauungen dürften kaum in einem Lande Geltung haben, welches - freilich mehr oder weniger apathisch - Mitglied in der UNESCO ist, welches zur Gemeinschaft der OECD gehört, beim Bildungsinvestitionsprogramm der Weltbank mitwirkt und welchem innerhalb der deutschen Entwicklungshilfe Aufgaben der technischen und der Bildungshilfe zufallen.

Kümmertliche Mitwirkung in der UNESCO

Vieles deutet darauf hin, dass sich nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch die Spitze des Auswärtigen Amtes von der mindestens seit 1950 zu beobachtenden Verlagerung der Schwerpunkte kultureller Auslandsarbeit keine Rechenschaft ablegt. Anders ist es nicht zu erklären, dass unsere Mitwirkung in der UNESCO kümmerlich ist und dass das Auswärtige Amt nur sehr bescheidene Anstrengungen macht, sich sowohl in der Verwaltung wie in den politischen Körperschaften dieser weltumspannenden Organisation durch geistig führende Köpfe unseres Landes vertreten zu lassen.

Seit dem Tode Professor Arnold Bergstraessers sind auf der Seite der Bundesregierung selbst die Ansätze dazu verkümmert. Wäre es anders

so hätte nicht geschehen können, was kürzlich bei der Konferenz zur Bekämpfung des Analphabetentums in Teheran passierte:

Bonner Redeverbot für deutsche Delegierte

Die Mitglieder der deutschen Delegation erhielten vom stellvertretenden Delegationschef Redeverbot für die Fachausschüsse, damit nur ja nicht die strikte Weisung des Bundesfinanzministers verletzt werde, sich auch auf keinerlei moralische Verpflichtungen einzulassen.

Schlimm, aber das ist der "Stil", in dem in der Bundesrepublik schon seit einigen Jahren Kulturpolitik gemacht wird, wenn es sich um andere als bilaterale Verpflichtungen handelt.

Unsere Verpflichtungen

Der Katalog dieser anderen Verpflichtungen ist lang. Zu ihnen gehören:

- * Die Niveau-Angleichung der europäischen Bildungseinrichtungen,
- * die organisatorische Bewältigung gemeinsamer Forschungsvorhaben in Europa,
- * die Intensivierung des Fremdsprachenunterrichts in allen europäischen Staaten zur Vorbereitung der wirtschaftlichen und politischen Integration,
- * die Förderung eines wirkungsvollen Lehreraustausches auf allen Schulstufen in ganz Europa,
- * die Einrichtung einer ständigen Konferenz der europäischen Erziehungsminister, ebenso der Wissenschaftsminister,
- * Aufgaben der Bildungshilfe schlechthin, von denen viele wegen der steigenden Investitionskosten der Projekte nur in Zusammenarbeit mehrerer Staaten bewältigt werden können.

Deutsches Kulturrenommee sinkt

Diese Liste liesse sich verlängern. Wie das Beispiel kleiner Staaten - etwa der Schweiz oder Schweden - zeigt, würde ein überzeugendes Engagement auf dem Gebiet der internationalen Kulturbeziehungen der Bundesrepublik förderlicher sein als manche unserer bilateralen Projekte, die sich im Katalog deutscher Leistungen zwar anscheinlich ausnehmen, in der Realität des Empfängerlandes aber häufig nur wie der Tropfen auf einem heissen Stein wirken. Und genau das hilft dem ständig sinkenden Renomme der Bundesrepublik in der Welt nicht.

N i c h t s von all' diesen Überlegungen ist im gegenwärtigen Kurs unserer auswärtigen Kulturpolitik zu spüren! Wie aber soll in der Welt das Unrecht begrifflich gemacht werden, das die deutsche Trennung darstellt, wenn die Bundesregierung sich nicht entschliesst, in der Sache wie in der Form den zeitgemässeren Kurs einzuschlagen, den ihr das Parlament empfohlen hat?

Zielscheibe Bundesrepublik - Eisiger Wind aus Moskau

so - Aus Moskau schlägt der Bundesrepublik ein eisiger Wind entgegen. Dies nicht nur, weil der Winter frühzeitig angefangen hat. Die sowjetrussische gegen die Bundesrepublik gerichtete Propaganda läuft auf Hochtour, Rundfunk und Presse schießen aus allen Rohren und selbst der Bundespräsident bleibt als Ziel nicht ausgenommen. Seine Berliner Rede zum Volkstrauertag hat der PRAWDA-Kommentator Juri Schukow als eine "verrückte Revanchistenpolitik" bezeichnet, eine mehr als unfreundliche Bemerkung, die unterstellt, was in der Rede selbst keine Begründung erfährt. Zu den schon erschienenen sieben Bänden über den Nürnberger Prozeß kommt nun eine dreibändige Ergänzungsausgabe hinzu, zu der einer der Gehilfen des damaligen sowjetrussischen Anklägers, der heutige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes der russischen föderativen Republik, Lew Skirnow, den bezeichnenden Kommentar lieferte, in der Bundesrepublik bemühe man sich gegenseitig nach Kräften, nicht nur den Nürnberger Prozeß zu verleugnen, sondern auch die Nazi-Untaten vergessen zu machen. Hat Skirnow nie etwas von den Prozessen gegen die Mörder von Auschwitz und anderen Vernichtungsstätten gehört, sind ihm nie deutsche Zeitungen mit ihren ausführlichen Berichten darüber zu Gesicht gekommen? Den Sowjetbürgern wird ein verzerrtes Bild der Bundesrepublik dargeboten, das bei ihnen gewiß keine friedfertigen Gefühle zur friedlichen Koexistenz erwecken kann. Die Propagandakampagne aus Moskau ist Teil eines großangelegten Versuchs, die Bundesrepublik international zu isolieren und sie zum Störenfried der Welt abzustempeln. Es scheint, als ob unsere Diplomatie auf die Abwehr nur unzulänglich vorbereitet ist.

Türken und Arbeiterwohlfahrt - Gedanken zur Betreuung von Gastarbeitern

Kann ein Italiener auch evangelisch sein? Nun, diese Möglichkeit ist sicher nicht auszuschließen. Aber es gibt Stellen in der Bundesrepublik, die mit dieser Möglichkeit überhaupt nicht rechnen. Für diese ist italienisch gleich katholisch. Anders ist es nicht zu erklären, daß in den Personalbogen für italienische Gastarbeiter eines großen deutschen Werkes zwei Spalten ausgedruckt (nicht ausgefüllt) sind: Staatsangehörigkeit italienisch und Religion röm.-kath. Der italienische Kollege wird gar nicht gefragt. Er ist einfach katholisch, ob ihm das paßt oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Und wenn er es weiß, ist es für ihn nicht einfach, zu erreichen, daß seine Kirchensteuer in die richtigen Kanäle fließt.

Wenn man diesen Dingen noch weiter nachspürt, kommt man noch weiteren Wunderlichkeiten auf die Spur. Da fragt man vielleicht, wer für die Betreuung der verschiedenen Gastarbeitergruppen zuständig ist, und dann hört man, daß sich die verschiedenen Wohlfahrtsverbände in diese Aufgabe teilen. Das ist an sich sehr vernünftig. Zum Schmunzeln (oder auch mehr) ist es aber, wie man sich in diese Aufgabe teilt.

Nun, die Italiener und Spanier sind (siehe oben) katholisch. Die Betreuung obliegt der (katholischen) Caritas. Die Griechen sind katholisch-orthodox. Die Orthodoxen aber gehören wie die Evangelischen zur Ökumene, also obliegt dem (evangelischen) Diakonischen Werk die Betreuung der Griechen. Übrig bleiben dann die Arbeiterwohlfahrt und die Türken, die von dieser dann auch betreut werden. Wie man allerdings zwischen Arbeiterwohlfahrt und den Nachfolgern des Propheten die Glaubensbrücke schlagen kann, wäre interessant zu erfahren. Vielleicht ist dazu ein Salto mortale nötig? "Beim Bart des Propheten", kann man zu dieser Aufteilung nur beschwörend sagen und sich damit trösten, daß auch der Bart des Propheten rasiert werden kann. (entnommen: Stimme der Arbeit, Monatsblatt evangelischer Arbeitnehmer)

Die alte und die neue Parole

Gestern: 35-Stunden-Woche in Sicht -
heute: Eine Wochenstunde Mehrarbeit

H.B.-er. - "Bis zum Jahre 1975 wird der durchschnittliche Stundenlohn des Arbeiters auf 7,84 DM steigen, seine Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche fallen." Mit diesem Wahllogan hat die Partei Ludwig Erhard vor wenigen Monaten den Hauptwahlkampf in Illustrierten eröffnet, die in Millionenauflagen erscheinen. Heute, da Ludwig Erhard seine brüchige Koalition nochmals über die Runden gerettet hat, verkündet der Mann, der im Mittelpunkt auch jener Wahlkampfinserate gestanden hat: "Ein Volk, das sich vor gewaltige politische Aufgaben gestellt sieht, ... ein solches Volk sollte sich nicht Überlegungen nach Verkürzung der Arbeitszeit hingeben." Und er fügt, wie in der Regierungserklärung nachzulesen ist, hinzu, ob es nicht sinnvoller wäre, wöchentlich eine Stunde mehr zu arbeiten.

Diese Aufforderung Erhards hat Schlagzeilen gemacht.

Ganz zu Unrecht übrigens, denn die Parole ist alt und abgestanden. Zur Mehrarbeit hat er nämlich schon in seiner Regierungserklärung vom 15. Oktober 1963 aufgerufen, und in zahlreichen früheren Reden hörte es sich ähnlich an. Was er früher und heute aber geflissentlich übersehen hat, ist dieses: daß die Leistung je Arbeitsstunde in sieben Jahren - trotz verkürzter Arbeitszeit - um mehr als ein Drittel gesteigert worden ist. Selbst einem Bundeskanzler stünde es recht gut an, auch darüber einmal ein Wort zu verlieren, nachdem sich herausgestellt hat, daß er die "Schecks" nicht einlösen kann, die seine Partei und seine Koalition im Wahljahr ausgestellt haben. Aber ausgerechnet dem deutschen Arbeitnehmer zuzumuten, die zu Protest gelangenen Wahlschecks zu decken, ist etwas viel verlangt.

Übrigens: Ludwig Erhard kündigte 1963 noch in der ersten Regierungserklärung an, es würden Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Wohlstandes durch gewisse Kreise getroffen werden. In dieser Richtung ist seit 1963 nicht nur nichts geschehen, sondern es fehlt im neuen Programm auch nur der leiseste Hinweis. Ob der Kanzler nicht vielleicht doch dort den Hebel ansetzen sollte?